

Schröder, Sebastian; Straubhaar, Thomas

Research Report

Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?

HWWI Policy Paper, No. 1-1

Provided in Cooperation with:

Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Schröder, Sebastian; Straubhaar, Thomas (2007) : Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?, HWWI Policy Paper, No. 1-1, Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47674>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?

Sebastian Schröder, Thomas Straubhaar

HWWI Policy

Paper 1-1
des

HWWI-Kompetenzbereiches
Wirtschaftliche Trends und Hamburg

Sebastian Schröer
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 73 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76
schroeer@hwwi.org | www.hwwi.org

Thomas Straubhaar
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 10 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76
straubhaar@hwwi.org | www.hwwi.org

HWWI Policy Paper
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4960

Redaktionsleitung:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Michael Bräuninger

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | November 2006
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile
ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere
für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbei-
tung in elektronischen Systemen.

Demographische Entwicklung: Problem oder Phantom?

Sebastian Schröer und Thomas Straubhaar

I.	Einleitung	2
II.	Demographischer Wandel und ökonomische Folgen	2
1.	Demographische Entwicklung	2
2.	Ökonomische Risiken	4
3.	Ökonomische Chancen	6
III.	Politikempfehlungen für eine alternde Gesellschaft	8
1.	Familienpolitik	8
2.	Migration.....	9
3.	Erhöhung der Lebensarbeitszeit.....	11
4.	Erhöhung der Erwerbsquote	12
5.	Reform des Erwerbverhaltens.....	14
6.	Reform der Alterssicherung.....	16
IV.	Zusammenfassung	18
	Literaturverzeichnis	21

I. Einleitung

Ein Gespenst geht um in Europa. Es ist das Gespenst der Demografie oder besser das Gespenst einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft. Zuerst soll es dafür sorgen, dass „die Schlaunen aussterben“, später dann führe es zum „Krieg der Generationen“. Endzeitstimmung vor dem Weltuntergang. Die Zukunft scheint ähnlich unheilschwanger, düster und deprimierend zu werden wie vor hundert Jahren in der Zeit unmittelbar vor und nach dem ersten Weltkrieg. Damals arbeitete der Kultur- und Geschichtsphilosoph Oswald Spengler (1918, 1922) an seinem zweibändigen Hauptwerk „Der Untergang des Abendlandes“. Heute schreiben führende Intellektuelle aller Denkrichtungen über das „Methusalem-Komplott“ (Schirmacher 2004), die „demographische Zeitenwende“ (Birg 2001) oder die „Zivilisation der Euthanasie“ (Schirmacher 2004, 63).

Die Fakten sind bekannt und nicht zu bestreiten: Die Zahl der Geburten ist in nahezu allen Industrieländern rückläufig, besonders in Deutschland. 100 Frauen bringen hier im Durchschnitt nur noch rund 130 Kinder zur Welt. Zu wenig, um die Bevölkerungszahl auf dem heutigen Niveau von rund 82,5 Millionen halten zu können. Die deutsche Bevölkerung wird schrumpfen, wahrscheinlich auf etwa 75 Millionen im Jahre 2050, vielleicht sogar – wenn nicht genügend Ausländer(innen) nach Deutschland kommen wollen – auf unter 70 Millionen. Ist deswegen Deutschland tatsächlich in seiner Existenz bedroht?

II. Demographischer Wandel und ökonomische Folgen

1. Demographische Entwicklung

Sinkende Geburtenraten und höhere Lebenserwartungen werden in den meisten Industrienationen zu einer Schrumpfung und Alterung der Gesellschaft führen. Das Statistische Bundesamt (2003) geht für Deutschland in seiner „mittleren Variante“ von einem Rückgang der Bevölkerung von heute ca. 82,5 Millionen auf ca. 75,1 Millionen im Jahr 2050 aus. Wichtigster Indikator für die Alterung einer Gesellschaft ist der so genannte Altersquotient (AQ), der das Verhältnis von Personen im Rentenalter zur erwerbsfähigen Bevölkerung ausdrückt. Je älter eine Gesellschaft wird, d. h. je weniger Erwerbsfähige einem oder einer Rentner(in) gegenüberstehen, desto höher ist der AQ. Das Statistische Bundesamt (2003) legt das durchschnittliche Renteneintrittsalter von 60 Jahren zugrunde, definiert die erwerbstätige Bevölkerung als 20 bis 59-jährig und berechnete für das Jahr 1995 einen AQ von 0,37, für 1999 von 0,41 und für 2001 von 0,44. Für die Jahre 2020 könnte dieser Wert bei 0,55 liegen, 2030 bei 0,71 und 2050 gar bei 0,78. Diese Entwicklung vollzieht sich nicht

nur in Deutschland, sie kann mehr oder weniger stark ausgeprägt in allen OECD Ländern beobachtet werden. Als Faustregel ergibt sich, dass der Anteil der Rentner(innen) an der aktiven Bevölkerung sich in den nächsten 40 Jahren im OECD-Raum etwa verdoppeln dürfte.

Die Überalterung der einheimischen OECD-Bevölkerungen ist nicht mehr rückgängig zu machen, da ihre Ursachen - die sinkende Geburtenraten und die höhere Lebenserwartungen - „von außen“, bzw. durch politische Maßnahmen nicht zu beeinflussen sind. Die Gründe für den Geburtenrückgang liegen nicht allein in einem singulären Schlüsselereignis. Die geringen Geburtenraten sind vor allem die Folge einer individuellen Verhaltensänderung. Die höhere Lebenserwartung ist insbesondere der erfreuliche Erfolg medizinischer Fortschritte und wesentlich verbesserter sozioökonomischer Rahmenbedingungen während der Phase der Erwerbstätigkeit, z. B. durch weniger Berufsunfälle, weniger gesundheitliche Langzeitschäden bzw. weniger körperliche Strapazen. Deshalb spricht wenig für eine Korrektur der beiden Trends, die zu einer älter werdenden Gesellschaft führen.

Für die künftige Entwicklung der Geburtenzahlen in Westeuropa in den nächsten Dekaden dürften folgende Faktoren eine wesentliche Rolle spielen:

- Der Funktionswandel der Familie
- Das veränderte Rollenverständnis der Frau
- Die Individualisierung der Gesellschaft

Der Wunsch nach Kindern wird heute verstärkt von den individuellen Interessen beider Lebenspartner geleitet. Insbesondere die Tatsache, dass Kinder „Kosten“ verursachen, fördert die Tendenz zur Klein- und Kleinstfamilie. Dabei geht es nicht nur um direkte Kosten, sondern ebenso um indirekte Kosten wie bspw. den Zeitaufwand der Kinderbetreuung. Sie entstehen dadurch, dass wegen der Kinder berufliche Karrierechancen nicht oder nur eingeschränkt wahrgenommen werden können. Noch tragen vor allem Mütter die Kosten des Verzichts auf eigene Berufserfolge und den damit verbundenen Gehältern. Weil in Zukunft immer besser ausgebildete junge Frauen vor die Entscheidung „Kinder oder Beruf“ gestellt werden, ist kaum mit einem ausgeprägten Anstieg der Geburtenhäufigkeit zu rechnen.

Die Lebenserwartung wird auch in den nächsten Dekaden weiter zunehmen, wenn wohl auch mit

langsamerem Tempo. Der markante Anstieg des letzten Jahrhunderts war eine historische Einmaligkeit, die sich so kaum mehr wiederholen dürfte. In Deutschland lag 1900 die Lebenserwartung bei Geburt für Männer bei 44,8 Jahren und für Frauen bei 48,3 Jahren. 1950 erreichte sie 64,6 Jahren für Männer und 68,5 Jahre für Frauen. Wer heute geboren wird, darf damit rechnen 75,89jährig (Männer) bzw. 81,55jährig (Frauen) zu werden. Vor allem die Sterblichkeit im ersten Lebensjahr und zwischen 60 und 80 Jahren ist stark zurückgegangen. Nach dem Stand des heutigen medizinischen Wissens wird sich dieser Trend in diesem Jahrhundert leicht verlangsamt fortsetzen.

2. Ökonomische Risiken

Zweifelsfrei wird durch den historisch beispiellosen demographischen Wandel eine Reihe von Problemen verursacht, da in Deutschland die gegenwärtigen Rahmenbedingungen zur Wahrung und Verbesserung des Lebensstandards ganz ausgeprägt auf der Annahme einer jungen und wachsenden Gesellschaft basieren. Das offensichtlichste Problem ergibt sich beim Rentensystem, das in Deutschland nach dem Umlageprinzip funktioniert. Im Gegensatz zum kapitalgedeckten Verfahren sorgen die Erwerbstätigen während ihrer Erwerbsphase nicht für ihre eigene Rente vor, sondern finanzieren durch eine direkte Umlage die aktuellen Rentner(innen). Sinken die Geburtenzahlen, gibt es immer weniger Erwerbstätige, um die Rentner(innen) zu finanzieren. Gleichzeitig steigen die Kosten aufgrund der längeren Rentenbezugszeiten, verursacht durch die gestiegenen Lebenserwartungen. Dies führt unmittelbar zu höheren Rentenbeiträgen und damit zu geringeren Nettolöhnen bei den Erwerbstätigen. Zusätzlich zu den Beiträgen der Erwerbstätigen bezuschusst der Bund die gesetzliche Rentenversicherung in erheblichem Umfang aus Steuermitteln. Im Jahr 2005 betrug dieser Zuschuss 80 Milliarden Euro und deckte damit ca. ein Drittel der gesamten Ausgaben der Rentenversicherung ab. In Zukunft wird der Bundeszuschuss sicherlich steigen, da sich im Laufe der Zeit Rentenansprüche angesammelt haben, die bei fehlenden Beitragszahlern quasi Staatsschulden sind. Das führt zwangsläufig zum Fehlen von Mitteln bspw. für Investitionen, wodurch das Wachstum beeinträchtigt und damit letztlich das Nettoeinkommen der Erwerbstätigen noch einmal geschmälert wird. Als Folge könnten einerseits die Beiträge der Erwerbstätigen wesentlich ansteigen, dabei allerdings nur für sehr geringe Renten ausreichen und andererseits der Staat nicht mehr in der Lage sein, die Ansprüche zu finanzieren.

Wesentliche Veränderungen ergeben sich auch auf dem Arbeitsmarkt. Durch die geringere Geburtenrate stehen früher oder später weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Aufgrund des technischen

Fortschritts und des steigenden internationalen Wettbewerbs steigen auch die Qualifikationsanforderungen, was die Nachfrage nach hoch qualifizierten Erwerbstätigen erhöht, gleichzeitig jedoch die Nachfrage nach gering qualifizierten sinken lässt. Wenn zukünftig das durchschnittliche Alter der Erwerbstätigen steigt und damit ihre Ausbildung immer weiter zurückliegt, führt dies tendenziell zu einer ungedeckten Nachfrage nach Hochqualifizierten bei gleichzeitigem Überangebot niedrig Qualifizierter. Damit bleiben Chancen für Wachstum ungenutzt, was zwangsläufig zu einem geringeren Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit zu geringeren pro Kopf Einkommen insgesamt führt. Ein weiterer Punkt ist eine mögliche Beeinträchtigung der Innovationsfähigkeit. Alternde Gesellschaften sind in der Regel weniger innovationsfreudig. Grund dafür ist, dass jede Innovation das bisherige Humankapital „abwertet“ und damit dessen Rendite schmälert. Hinzu kommt, dass der Zeithorizont, innerhalb dessen sich eine Investition rechnen muss, kürzer und somit die Jahresrendite höher sein muss. In einer alternden Gesellschaft dürfte deswegen die Bereitschaft zu Mobilität, Flexibilität und strukturellem Wandel gering sein. Entsprechend negativ wären die Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum.

Außerdem vollzieht sich der demographische Wandel in den Regionen unterschiedlich und führt damit in der räumlichen Besiedlungsdichte zu bedeutenden Veränderungen. Gegenwärtig lassen sich Wanderungsbewegungen von ländlichen Gebieten in Ballungsräume beobachten. Insbesondere die Wanderungen von jüngeren Menschen aus den neuen in die alten Bundesländer halten weiter an. Durch die geringen Geburtenzahlen können diese Bevölkerungsabflüsse nicht ausgeglichen werden. Die regionalen Unterschiede werden durch verschiedene Effekte verstärkt: Da insbesondere junge Menschen fortziehen, kommen deren Kinder und Kindeskindern dann in den Ballungsräumen zur Welt. Zudem beteiligen sich mehr Frauen an den innerdeutschen Wanderungen als Männer. Schließlich zeigt sich, dass die verbleibenden Frauen der ländlichen Gebiete geringere Geburtenraten haben als jene in den Ballungsräumen. Diese Entwicklungen führen dazu, dass ländliche Gebiete stärker altern und entvölkert werden als Ballungsräume. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes werden die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Brandenburg am stärksten davon betroffen sein und bis 2050 ca. 30% ihrer Bevölkerung verlieren. Hingegen kann Bayern, vor allem durch den Ballungsraum München, im selben Zeitraum von einem Bevölkerungswachstum von knapp einem Prozent und Hamburg gar von 3,3% ausgehen. Durch die unterschiedliche demographische Entwicklung werden auch die Kosten der Infrastruktur, die mit der politischen Vorgabe der gleichen Bedingungen in allen Gebieten Deutschlands vorgegeben sind, pro Kopf in den ländlichen Gebieten überdurchschnittlich stärker ansteigen als in den Ballungsräumen.

3. Ökonomische Chancen

Die wesentliche Herausforderung der gegenwärtigen demographischen Entwicklung ist nicht die geringe Geburtenrate, sondern der damit einhergehende Alterungsprozess der Gesellschaft. Schiebt man diese für einen Moment zur Seite, verliert die Katastrophenstimmung viel von ihrer scheinbaren Brisanz und eröffnet darüber hinaus auch positive Effekte. Ein Bevölkerungsrückgang von heute 82,5 Millionen auf 75 Millionen entspricht einem Minus von weniger als 10%. Viel, wenn man sich vergegenwärtigt, dass 7,5 Millionen Menschen fast der Einwohnerzahl Niedersachsens entsprechen und dass ganze Landstriche veröden werden. Wenig, wenn man sich daran erinnert, dass Deutschland zur Zeit des Wirtschaftswunders auch nicht mehr als 75 Millionen Einwohner zählte. Außerdem werden selbst bei einer Bevölkerung von nur noch 75 Millionen Menschen in Deutschland 210 Menschen je km² leben, ein Drittel mehr als in China, dem Land aller Zukunftshoffnungen. Offensichtlich spielt die durchschnittliche Besiedelungsdichte bei der demographischen Herausforderung keine große Beachtung.

Ebenso verringern sich bei einer Bevölkerungsschrumpfung Konkurrenzsituationen, da die vorhandenen Kapazitäten mit weniger Menschen geteilt werden müssen. Bspw. ist die Nachfrage nach Parkplätzen, Strassen, Krankenhäusern, Studienplätzen, Schwimmbädern, Freizeiteinrichtungen und Naherholungsgebieten geringer. Für die Einzelnen wird je Kopf mehr von allem zur Verfügung stehen. Das gilt auch für den Faktor Zeit. Bei rückläufigen Geburtenzahlen würden die wenigen Kinder, die noch geboren werden mehr Zuneigung erhalten. Eltern haben für Einzelkinder mehr Zeit. Sie können das verfügbare Budget für Erziehung und Ausbildung auf das eine Kind konzentrieren. Somit sind zumindest die Voraussetzungen günstig, dass künftig die Kinder vergleichsweise besser gebildet sein werden, was das langfristige Wachstumspotential einer Volkswirtschaft vergrößert.

Desgleichen werden bei einem Rückgang der Erwerbsbevölkerung mehr Maschinen, Geräte, Anlagen und Rohstoffe je Arbeitskraft zur Verfügung stehen und als Folge davon werden die Löhne steigen. Genau aus dem Grunde wird auch das Pro-Kopf-Wachstum in schrumpfenden Bevölkerungen für die übrig Bleibenden steigen und nicht etwa fallen. Immer weniger Menschen werden immer wohlhabender. Besteht da tatsächlich Grund zur Sorge? Wenn ja, für wen?

Wer sich über schrumpfende Bevölkerungen beklagt, muss ein ganz bestimmtes Weltbild im Kopf haben. Es ist dominiert durch ein nationales Denken in geschlossenen Volkswirtschaften. Es folgt

einer verengten Sicht, welche die Bevölkerungsgröße mit Macht und Einfluss in der Weltpolitik gleichsetzt. Vielleicht spielen hierbei mehr oder weniger unterschwellig außerdem nationalistische Gründe eine Rolle. Oft scheint es, als würden bei der Bewertung künftiger demographischer Prozesse Argumente aus dem Merkantilismus und aus der längst vergangen geglaubten Perspektive des Oswald Spenglers die heutige Optik verzerren.

Im Zeitalter der Globalisierung verliert eine nationale Bevölkerungsentwicklung jedoch ihren Schrecken. Deutschland geht nicht dem Untergang entgegen, nur weil seine Bevölkerung in den nächsten 40 bis 50 Jahren um 10% oder mehr schrumpfen wird. Solange es in Asien, Afrika und Lateinamerika noch schnell wachsende Bevölkerungen gibt, was noch eine ganze Weile der Fall sein wird, können in einer hoch arbeitsteiligen Weltwirtschaft Ausländer anstelle der Inländer treten. Damit ist nicht einmal ein für viele Deutsche unerwünschtes Szenario mit (noch) mehr Zuwanderung gemeint. Anstatt Güter und Dienstleistungen an Deutsche zu verkaufen, können die Produkte genauso gut nach China exportiert werden. Die Ersparnisse können anstatt in Deutschland irgendwo in den schnell wachsenden Weltregionen angelegt werden. Anstatt im Ruhrgebiet oder im Osten Deutschlands zu investieren, kann das eigene Kapital in Südostasien hohe Renditen erzielen. Spätestens an der Stelle zeigt sich, dass der Vorwurf unbegründet ist, Produktionsverlagerungen ins Ausland seien unpatriotisch. Je offener Deutschland sein wird und je stärker es sich in die globale Wirtschaft integriert, desto belangloser werden die ökonomischen Folgen einer schrumpfenden deutschen Bevölkerung sein.

Somit bleibt vom demographischen Wandel die Alterung der Gesellschaft als alleinige Herausforderung übrig. Auf den ersten Blick sind diese für Wirtschaft und Gesellschaft bedrohlich. Kaum ein Bereich der modernen Dienstleistungsgesellschaft wird von den Folgen ausgespart bleiben. Insbesondere die Auswirkungen einer alternden Bevölkerung auf die Alterssicherungssysteme und deren Rückwirkungen auf die öffentlichen Haushalte scheinen berechtigten Anlass zur Sorge zu geben. Der steigende Finanzierungsbedarf, um Renten auszuzahlen, verbunden mit bereits teilweise dramatischen Staatsdefiziten und -schulden, könnten sich in der Tat negativ auf mittelfristige Stabilitäts- und längerfristige Wachstumsziele auswirken. Bspw. zeigen OECD-Simulationen, dass in den nächsten Dekaden die altersbedingten Staatsausgaben einen gegenüber heute um 7% höheren Anteil des Bruttoinlandprodukts beanspruchen dürften.

Entgegen der oft vertretenen Meinung soll im Folgenden gezeigt werden, dass die demographische

Entwicklung keinesfalls zu ökonomischen Problemen führen muss, falls rechtzeitig die richtigen Maßnahmen umgesetzt werden.

III. Politikempfehlungen für eine alternde Gesellschaft

Ebenso wie die Ursachen des demographischen Wandels nicht durch ein singuläres Schlüsselereignis zu erklären sind, kann auch die Lösung der hierdurch entstehenden Herausforderungen nicht durch eine einzelne Maßnahme erfolgen. Vielmehr bedarf es einer Reihe von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmenbündeln, wobei diese in ihrer Gesamtheit gesehen werden müssen, da komplexe Abhängigkeiten und Interdependenzen bestehen. In diesem Kapitel sollen nun einige Maßnahmen dargestellt werden, die bei rechtzeitiger politischer Umsetzung in der Lage sind, die in den nächsten Jahren spürbaren Auswirkungen der demographischen Entwicklung nachhaltig aufzufangen werden.

1. Familienpolitik

Eine der möglichen Optionen, dem demographischen Wandel zu begegnen besteht darin, die gesellschaftliche Alterung aufzuhalten und eine junge und wachsende Gesellschaft wiederherzustellen. Demographische Entwicklungen werden durch lediglich drei Variablen bestimmt: Fertilität, Mortalität und Migration. Um den Alterungsprozess aufzuheben fällt eine der drei Variablen von vorn herein heraus: Die Lebenserwartung kann nicht verändert werden und ihre Steigung ist vielmehr ein begrüßenswerte Errungenschaft der modernen Gesellschaft. Damit bleiben nur noch zwei der Variablen übrig.

In Deutschland liegt die Geburtenrate pro 100 Frauen gegenwärtig bei ca. 130 Kindern. Um die Bevölkerungszahl zu halten, müsste sie bei 210 liegen. 1870 war diese noch ca. 500 und ist dann stetig gefallen. Ein zwischenzeitliches Hoch wurde in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit ca. 270 erreicht. Die Geburtenrate ist keine „von außen“ zu steuernde Größe. Da Kinder heute längst nicht mehr als Altersvorsorge begriffen werden, sondern eher als „Kostenfaktor“ in vielerlei Hinsicht, kann Familienpolitik lediglich die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Kinderkosten minimiert werden. Dazu zählt finanzielle Unterstützung der Eltern bzw. Mütter, der Ausbau von Betreuungseinrichtungen für Kinder aber auch die Verbesserung des beruflichen Wiedereinstiegs im Anschluss an Erziehungszeiten. Dazu zählt auch, Kinder frühzeitig einzuschulen und sie in Ganztagschulen qualitativ hervorragend zu bilden. Dazu zählt schließlich auch, durch eine moderne Wirtschaftspolitik gerade jungen Menschen eine langfristige Perspektive für eine

erfolgreiche Bewältigung ihrer Zukunft zu geben, ist doch die Unsicherheit über die individuelle Berufs- und Einkommenssituation ein wesentlicher Hinderungsgrund, den Kinderwunsch zu erfüllen.

2. Migration

Eine nahe liegende Möglichkeit, Probleme schrumpfender und alternder Bevölkerungen zu lösen, scheint zu sein, die fehlenden eigenen Kinder durch ausländische zu ersetzen. Vor allem mag diese Problemlösung sinnvoll erscheinen, weil in vielen weniger entwickelten Ländern die Geburtenraten und ebenfalls die Jugendarbeitslosigkeit sehr hoch sind.

Die größte Zuwanderung nach Deutschland wurde Anfang der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts mit ca. 800.000 Menschen pro Jahr verzeichnet. Seitdem ist die Zahl konstant rückläufig und gegenwärtig bei unter 100.000. Heute liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung bei 19% (Statistischen Bundesamtes, 2006a).

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (2003) könnte die Bevölkerungszahl in Deutschland durch Zuwanderung von 300.000 Menschen jährlich bis 2050 bei 82 Millionen und damit ungefähr konstant gehalten werden. Bei diesem Szenario wären ab 2005 insgesamt 13,9 Millionen Menschen zugewandert. Bei einer jährlichen Zuwanderung von lediglich 100.000 Menschen und insgesamt 5,3 Millionen würde die Bevölkerung bis 2050 auf 67 Millionen schrumpfen. Dieser zunächst groß erscheinende Unterschied vernachlässigt jedoch wesentliche Effekte. So bedarf es gewaltiger Zuwanderungen, um die Bevölkerungszahl zu halten. Außerdem werden auch Zuwanderer älter und deren Alterstruktur wird bspw. durch Nachzug von Angehörigen verändert. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass sich das Geburtenverhalten der Zuwanderer an jenes der Deutschen anpasst. Bei Vergleich der Altersquotienten (AQ) (bezogen auf das wahrscheinliche durchschnittliche Renteneintrittsalter 65) im Jahre 2050 zeigt sich nur ein unwesentlichen Unterschied von 0,51 bei 300.000 Zuwanderern zu 0,59 bei 100.000.

Hieran lässt sich erkennen, dass die Effekte der Zuwanderung meist überschätzt werden. Einwanderung kann durchaus einen starken Einfluss auf die absolute Bevölkerungszahl ausüben. Allerdings ist bei geringeren Einwanderungsströmen der Einfluss auf den Altersaufbau der Bevölkerung klein und damit der Beitrag zur Lösung des Alterungsprozesses der Gastgesellschaft gering. Zuwanderung kann helfen, den Anstieg der AQ vorübergehend zu mildern. Um den AQ nachhaltig und dau-

erhaft zu senken, ist Zuwanderung nur dann geeignet, wenn immer wieder sehr viele Ausländer(innen) einwandern würden. Denn auch die Einwandernden werden früher oder später Ansprüche an das von ihnen mitfinanzierte Rentensystem stellen.

Darüber hinaus ist Einwanderung mit Kosten verbunden. Zuwanderung kann nur erfolgreich sein, wenn die Zugewanderten wirksam integriert werden. Dass die Integration nicht immer problemlos ist, lässt sich gegenwärtig an den Ergebnissen der PISA-Studien erkennen. Gerade Kinder mit Migrationshintergrund werden im deutschen Bildungssystem besonders benachteiligt. Insbesondere zeigte sich, dass Kinder, deren Umgangssprache nicht deutsch ist, schlechtere schulische Leistungen haben. Des Weiteren ist in keinem anderen Land die soziale Bildungsmobilität so gering, also der Zusammenhang zwischen Leistung von Kindern und der sozialer Schicht der Eltern so stark wie in Deutschland.

Selbst wenn Migration den demographischen Wandel nicht aufhalten kann, so trägt sie doch einen wesentlichen Teil zur Milderung der Folgen bei. Die gezielte Anwerbung besonders qualifizierter Ausländer ist ein kostengünstiges Mittel, um kurzfristige Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt zu decken, da die Anpassung der Bildungssysteme normalerweise der Nachfrage nach Arbeitskräften nicht in dem gleichen Tempo folgen kann. Denn trotz der gegenwärtigen hohen Arbeitslosigkeit besteht in bestimmten Branchen ein hoher Bedarf an besonders qualifizierten Arbeitskräften, die gegenwärtig im Inland nicht zur Verfügung stehen. In Zukunft wird der Bedarf infolge der technologischen Entwicklung z. B. im IT-Bereich, aber auch aufgrund der demographischen Entwicklung bspw. im Pflegebereich weiter steigen. Um Zuwanderung sinnvoll zu gestalten, bedarf es daher einer adäquaten Migrationspolitik, die festlegt, wie viele Menschen zuwandern, wie lange sie bleiben und wie die Auswahl abläuft. Viele Staaten wie z. B. Kanada oder Australien haben bereits sehr erfolgreiche Modelle entwickelt.

Insofern ist Migration nicht als eine Maßnahme zur Verhinderung der Alterung der Gesellschaft zu verstehen, sondern eher als ein kurzfristiges und kosteneffizientes Instrument, um kurzfristige Nachfrageüberschüsse auf dem Arbeitsmarkt zu überbrücken. Trotzdem darf nicht übersehen werden, dass Migration ein mit Emotionen behaftetes Thema ist und daher oft politisch instrumentalisiert wird. Trotz vieler Vorbehalte könnte eine klug gesteuerte Migration wesentlich stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen und damit den Wohlstand Deutschlands erhöhen.

3. Erhöhung der Lebensarbeitszeit

Bei der Analyse der Folgen des demographischen Wandels anhand des AQ ist wesentlich, dass der Wert keine unveränderbare Größe ist, sondern beeinflusst werden kann. Die bisher aufgezeigten Folgen des Alterungsprozesses gingen auch davon aus, dass sich die übrigen Bedingungen nicht ändern. Wenn der steigende AQ die Ursache ökonomischer Probleme sein sollte, dann sind dementsprechend die ersten Handlungsmöglichkeiten naheliegend, weil sie sich unmittelbar aus der Berechnung der AQ ergeben. Da der AQ das Verhältnis von Rentner(innen) zu Erwerbsfähigen ausdrückt, kann sowohl im Zähler (bei den Rentnern/innen) wie auch im Nenner (bei den Erwerbstätigen) angesetzt werden, um den AQ wieder zu senken.

Der erste Lösungsansatz könnte daher einfach lauten, dass sich die Lebensarbeitszeit erhöhen muss. Dies wäre in doppelter Hinsicht wirkungsvoll: Einerseits würde die Zahl der Rentner/innen (also der Zähler) langsamer steigen, andererseits würde die Zahl der Erwerbsfähigen (also der Nenner) höher bleiben und damit den AQ verringern. Es ist dann allein eine mathematische Frage, bei welchem Rentenalter die künftigen AQ auf dem heutigen Niveau eingefroren werden könnten. Dieser Schritt ergibt sich nicht zuletzt aus den Gegebenheiten einer auf Wissen basierenden Wirtschaft. Einerseits benötigen Jugendliche immer mehr Zeit für ihre Ausbildung und kommen damit später auf den Arbeitsmarkt. Andererseits müssen Erwerbstätige immer weiter lebenslang lernen und werden somit dem Arbeitsmarkt temporär entzogen. Daher muss das über ein ganzes Leben angeeignete Humankapital auch länger genutzt werden. Hierbei ist auch zu beachten, dass die Erhöhung der Lebensarbeitszeit die Rendite durch Bildung erhöht und damit zusätzliche Anreize zur Fort- und Weiterbildung setzt. Eine andere, politökonomische und gesellschaftliche Frage bleibt es natürlich, ob diese Anhebung des Rentenalters gewünscht ist.

Als 1957 das heutige Umlageverfahren eingeführt wurde, hatten die Menschen eine durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt von etwa 72 (Frauen) bzw. 67 Jahren (Männer). Zwischenzeitlich hat sich eine Scherenbewegung ergeben: Das tatsächliche Rentenalter wurde schrittweise gesenkt und die Lebenserwartung stieg kontinuierlich. Heute ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Geburt ca. 81 (Frauen) bzw. 75 Jahre (Männer) und wird bis 2050 voraussichtlich auf ca. 86 (Frauen) bzw. 81 (Männer) Jahre ansteigen. Während damals durchschnittliche Lebenserwartung und Rentenalter nicht weit auseinander lagen, erleben die Rentner und vor allem Rentnerinnen ihren Ruhestand heute noch 15 - 20 Jahren. Insofern stellt sich die Frage, ob es nicht angemessen ist, entsprechend der gestiegenen Lebenserwartung auch das Rentenalter anzuheben, bspw. gemäß der

Formel: „1 Jahr zusätzliche Lebenserwartung = 3 Monate höheres Rentenalter“, so dass also das heutige Rentenalter bei 67 Jahren liegen würde. Die Bundesbank (2004) erwartet, dass bei einer Erhöhung des durchschnittlichen Rentenalters um zwei Jahre bis 2015 das Erwerbspersonenpotential um zwei Millionen bzw. 4,5% höher sein wird. So gesehen ist die von der großen Koalition beschlossene Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ein Schritt in die richtige Richtung.

4. Erhöhung der Erwerbsquote

Bei der bloßen Betrachtung des AQ, der Rentner(innen) in Bezug zu Erwerbsfähigen setzt, bleibt offen, ob die Erwerbsfähigen auch wirklich erwerbstätig sind und einer Beschäftigung nachgehen. Daher ist es wichtig, neben dem AQ auch die Erwerbsquote (EQ) im Auge zu behalten, die angibt, in welchem Ausmaß die Erwerbsfähigen auch tatsächlich erwerbstätig sind. Die EQ ist deshalb entscheidend, weil ein steigender AQ dann nämlich nur ein mathematisches, aber kein tatsächliches Problem ist. Soweit der EQ im selben Ausmaß wie der AQ steigt, sich also der Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung erhöht, wird der tatsächlich Effekt des steigenden AQ praktisch aufgehoben. Vereinfacht ausgedrückt, könnte ein verbessertes Ausschöpfen heute nicht beanspruchter „stiller Reserven“ den Effekt der demographischen Alterung zumindest teilweise kompensieren.

„Stille Reserven“ finden sich zunächst einmal bei den Frauen. Zwar ist mit dem strukturellen Wandel vom Industrie- zum Dienstleistungssektor die Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland gewachsen. Sie ist jedoch weiterhin deutlich geringer als bei den Männern. Die EQ der Frauen lag 2005 in der Gruppe der 15 bis unter 65jährigen bei 66,8%, bei den Männern dazu im Vergleich bei 80,4%. Auch ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit bei Frauen wesentlich geringer als bei den Männern, da Frauen häufiger einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Während 2004 nur 6,3% der erwerbstätigen Männer eine Teilzeitarbeit hatten, war der Anteil bei den Frauen bei 37%. Nach internationalen Maßstäben liegt die Erwerbstätigkeit von Frauen damit weit zurück. Die skandinavischen Länder sind hier führend.

In Übereinstimmung mit den traditionellen Mustern der Rollenverteilung der Geschlechter reduzieren vor allem Frauen ihren Beschäftigungsgrad bei der Geburt eines Kindes. Die unterschiedlichen Erwerbsquoten sind im Alter von 20 bis 45 und damit der Familienphase besonders stark ausgeprägt. Bei den Männern ist in Deutschland noch keine entsprechende Verhaltensänderung zu beobachten, wie dies bspw. in Skandinavien der Fall war. Längerfristig wird sich auf jeden Fall lohnen, die sozioökonomischen Voraussetzungen zu verbessern, damit Frauen verstärkt dem Arbeitsmarkt

zur Verfügung stehen. An einem Anstieg der Erwerbsbeteiligung der Frauen sollte auch deshalb kein Weg vorbei führen, weil von der Bildungsexpansion der letzten Dekaden vor allem die Frauen profitiert haben. Keine frühere Frauengeneration war auch nur annähernd so gut ausgebildet wie die heutige Generation. In den letzten 30 Jahren haben sich die Frauen bei der beruflichen Qualifikation immer weiter an die Werte der Männer angepasst. Der Anteil der Frauen mit Berufsabschluss ist von ca. 40% auf annähernd 60% gestiegen, der mit Hoch- oder Fachhochschulabschluss ist von nahezu Null auf über 10% gestiegen. Lediglich 30% der Frauen verfügen über keinen Berufsabschluss und damit halb so viele wie noch vor 30 Jahren. Bei den Schulabschlüssen haben die Frauen die Männer mittlerweile bereits überholt und stellen in den Realschulen und Gymnasien deutlich die Mehrheit (Statistisches Bundesamt 2006b). Frauen werden in Zukunft im Durchschnitt wahrscheinlich besser ausgebildet sein als Männer. Damit wird ein Verzicht auf eine spätere Nutzung des erworbenen Humankapitals nicht nur für die betroffenen Frauen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt immer kostspieliger.

Eine andere „stille Reserve“ liegt bei den älter werdenden Deutschen. Durch den Trend zum vorgezogenen Vorruhestand und Altersteilzeit ist die Erwerbsquote der älteren Deutschen in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich gesunken. Gleichzeitig hat sich die berufliche Situation von älteren Erwerbstätigen immer weiter verschlechtert, wie eine OECD Studie (2005) belegt: Ältere haben höhere Arbeitslosenraten, sie sind in schrumpfenden Branchen überrepräsentiert und haben im Durchschnitt einen schlechteren Ausbildungsstand als jüngere Generationen. Die EQ war im Jahr 2004 für 55 bis 64jährige ca. 41%, was deutlich unter dem OECD Durchschnitt und auch unter dem in der Lissabonstrategie angestrebten Wert von 50% bis 2010 liegt. Allerdings lässt sich auch feststellen, dass seit Mitte der 90er Jahre der Anstieg der Erwerbstätigkeit sowohl in der Gruppe der 50 bis 54jährigen als auch in der Gruppe der 60 bis 64jährigen Menschen weit über dem OECD Durchschnitt liegt.

Um die älteren Menschen wieder stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren, sind einige Korrekturen der bisherigen Politik notwendig. Die Vorgehensweise, über 50jährige als nicht mehr vermittelbar einzustufen und daher ihr frühzeitiges Ausscheiden zu fördern, hat die Probleme nur weiter verschärft. Es kommt also darauf an, älteren Arbeitnehmer(innen) zu ermöglichen, ihre sozialen Kompetenzen sowie ihre Berufs- und Lebenserfahrung einzubringen. Dazu gehören bspw. Stellen mit kürzeren und flexibleren Arbeitszeiten, die Teilzeitarbeit, Job Sharing und andere Formen der individuellen Arbeitszeitregelung ermöglichen. Dazu gehört aber auch eine altersspezifische Weiterbil-

dung, die zu einer erhöhten Produktivität und verbesserten Mobilität älterer Arbeitskräfte beiträgt. Oft fehlt es indes an Eigeninitiative. Die Nachfrage nach Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen ist bei älteren Erwerbstätigen besonders niedrig ausgeprägt. Tendenziell sind alternde Gesellschaften weniger innovationsfreudig, weil Innovation ihr Humankapital abwertet. Entgegen landläufiger Vorurteile ist es jedoch nicht zwingend, dass der rasche technologische Fortschritt das herkömmliche Wissen und Können der über 50jährigen besonders schnell entwertet. Gerade der Strukturwandel vom Industrie- zum Dienstleistungszeitalter bietet älteren Menschen besonders gute Möglichkeiten, sich in die Arbeitswelt zu integrieren. In Zukunft werden soziale Kompetenzen, Kommunikations- und Teamfähigkeiten, Erfahrung und Geduld immer wichtiger werden. Dies sind Faktoren, die in der Regel mit zunehmendem Alter nicht schlechter werden müssen.

Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer mag auf den ersten Blick als ein Abbau sozialer Errungenschaften erscheinen. Je drückender jedoch die demographische Hypothek auf die OECD-Volkswirtschaften lasten wird, desto weniger werden sie es sich leisten können, Erwerbstätige, die noch arbeitswillig und -fähig sind, zu unproduktiven Rentenbeziehern zu machen.

Eine weitere „stille Reserve“ sind die Erwerbslosen. Sie werden zwar vom AQ als Erwerbsfähige erfasst, nicht jedoch von der EQ und belasten die Sozialsysteme in zweierlei Hinsicht, einerseits durch Kosten und andererseits durch ihre fehlenden Beiträge. Die Wirkung einer hohen Arbeitslosigkeit auf die öffentlichen Haushalte ist daher für eine alternde Gesellschaft mit noch höheren Kosten verbunden, insbesondere, wenn diese nicht konjunkturellen sondern strukturellen Ursprungs ist.

5. Reform des Erwerbverhaltens

Zusätzlich zu den oben genannten gesellschaftspolitischen Maßnahmen bieten sich weitere ökonomische Lösungen an. Sie zielen darauf ab, die wirtschaftlichen Konsequenzen der demographischen Alterung zu kompensieren, indem durch Wachstumseffekte höhere Einkommen für künftige Generationen generiert werden, um deren steigende Abgabenlast „erträglicher“ zu machen. Deshalb muss mit der Erhöhung der Erwerbsquote und Lebensarbeitszeit auch eine umfassende Neugestaltung des gesamten Erwerbverhaltens einhergehen. Die zugrunde liegende Idee dabei ist, dass die Menschen in Deutschland nicht nur früh in das Erwerbsleben starten und dieses später beenden, sondern währenddessen auch mehr erwirtschaften.

Die makroökonomischen Probleme alternder Bevölkerungen ließen sich für die Erwerbspersonen

verringern, wenn als Folge des technischen Fortschritts und/oder als Folge eines vergrößerten gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks die Arbeitsproduktivität ansteigt und als Spiegelbild davon die Reallöhne angehoben würden. Die aus demographischen Gründen pro Erwerbsperson steigenden Sozialabgaben würden dann aus dem Produktivitätszuwachs erbracht werden. Die Nettolöhne müssten nicht schrumpfen, sondern könnten möglicherweise ansteigen. Andererseits aber bräuchten die Renten nicht vollumfänglich an die reale Lohnentwicklung angepasst werden. Wie empfänglich eine alternde Gesellschaft tatsächlich für Innovationen und technologischen Fortschritt ist, wird erst die Zukunft zeigen.

Der künftige Verlauf der Produktivitätsentwicklung wird jedoch wesentlich durch die Humankapitalbildung in einer Volkswirtschaft bestimmt werden. Im Rahmen der Internationalisierung der Märkte findet gegenwärtig eine Verlagerung der arbeitsintensiven Produktion in Niedriglohnländer statt. Tätigkeiten, die eine hohe Qualifikation benötigen, werden jedoch höchstwahrscheinlich weiterhin in den OECD-Ländern ausgeführt werden. So ist zwischen 1975 und 2000 die Beschäftigung von Hochqualifizierten um 180% gestiegen. In modernen Volkswirtschaften ist deshalb die Qualifikation der Erwerbstätigen ein Faktor von größter Bedeutung. Die OECD schätzt, dass aktuell mehr als die Hälfte des BIP durch Humankapital generiert wird. Die Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen werden also immer wichtiger als die materiellen Werte der Waren (Straubhaar und Boswell 2005). Bei rückläufigen Kinderzahlen sollten die Eltern eigentlich mehr Ressourcen frei haben, um sie für die einzelnen Kinder einzusetzen und bspw. in die Bildung der Kinder zu investieren. Dadurch steigt der Humankapitalstock, die zukünftige Arbeitsqualität verbessert sich und damit auch die Produktivität, was das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft vergrößert.

Entscheidend wird sein, ob es gelingt, Anreize zu setzen, damit Eltern, Arbeitskräfte oder Arbeitgeber in Humankapital investieren. Durch eine ständige Aus- und Weiterbildung würde das Know-how der aktiven Erwerbsgeneration und vor allem auch der neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen erhalten und vergrößert. So ließe sich die Arbeitsproduktivität erhöhen. Ein Rückgang der Quantität würde dann durch eine verbesserte Qualität der Arbeitskräfte kompensiert oder gar überkompensiert. Es sei hier nur angedeutet, dass gerade Bildungssysteme mit einer stärkeren Eigenfinanzierung die beste Gewähr für eine Maximierung der Rendite von Ausbildungsinvestitionen bieten.

6. Reform der Alterssicherung

Die größte Herausforderung, die sich durch den demographischen Wandel ergibt, ist jedoch eine umfassende Reform der Alterssicherungssysteme. Das existierende Umlageverfahren ist aus den oben beschriebenen Gründen für eine alternde Gesellschaft nicht geeignet. In der bisherigen Diskussion wurde am stärksten thematisiert, inwieweit mit einem Übergang vom heutigen Umlageverfahren zu Kapitaldeckungsverfahren ein höherer Kapitalstock gebildet werden kann, der in der Lage ist, sich positiv auf das Wachstum einer Volkswirtschaft auszuwirken. Wurden hier in der Vergangenheit relativ einseitig die Vorteile der kapitalgedeckten Vorsorgesysteme hervorgehoben, mahnen neuere Forschungsergebnisse eher zur Vorsicht (siehe hierzu auch EZB 2000). Die Einflüsse und gegenseitigen Rückwirkungen einer alternden Bevölkerung auf die Makroökonomie lassen sich nur schwerlich auf die Frage „Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren“ reduzieren. Wenn bspw. eine alternde Bevölkerung entspart, weil sie mehr Geld für den Konsum von mehr Rentner(innen) braucht, dürften die realen Zinsen ansteigen, was neue Anreize für eine private Ersparnisbildung schafft. Der reale Zinsanstieg wird aber andererseits die Investitionstätigkeit negativ beeinflussen, was wiederum das langfristige Wachstum beeinträchtigt.

Im Zentrum der Debatte steht die private Sparquote. Dabei ist nicht unumstritten, inwieweit sich ein gesetzlich vorgeschriebenes Vorsorgespargen negativ auf das freiwillige private Sparen auswirkt. Die private Ersparnisbildung ist von vielen Faktoren abhängig. Insbesondere das Wachstum und damit die Einkommensentwicklung spielt eine wesentliche Rolle, so dass sich die Effekte des staatlich angeordneten Zwangssparens nicht isolieren lassen. Zumindest kann gesagt werden, dass die Annahme einer vollständigen Verdrängung der privaten Spartätigkeit durch die gesetzliche Altersvorsorge weder plausibel ist noch durch die Empirie bestätigt wird. Ebenso herrscht mittlerweile Einigkeit, dass auch ein kapitalgedecktes System von der Altersstruktur der Bevölkerung abhängig ist.

Zusammengefasst, werden heute „Mischsysteme“ besonders positiv beurteilt, die sowohl umlage- wie kapitalgedeckte Elemente der Altersvorsorge enthalten. Das Mehrsäulenmodell der Schweiz ein gutes Bsp. für ein Vorsorgesystem, dass relativ alterstrukturbeständig ist.

Mit den Vor- und Nachteilen von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren ist die Frage eng verbunden, ob die Menschen in einer alternden Gesellschaft mehr oder weniger sparen werden und welche Wachstumseffekte dies hat. Wenn Erwachsene weniger Kinder haben (werden), haben sie dann mehr oder weniger Anreize, um zugunsten zukünftigen auf gegenwärtigen Konsum zu verzichten?

Hier gibt es eine Vielzahl von Argumenten in die eine oder andere Richtung, die auch mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Entwicklungen der realen Löhne in Zusammenhang stehen. Eindeutige ex ante Antworten sind deshalb nicht zu finden. Die Wachstumseffekte alternder Bevölkerungen sind nicht eindeutig im Voraus prognostizierbar. Sie hängen zu stark von Wechselwirkungen, individuellen Verhaltensreaktionen bei der privaten Ersparnisbildung, von der Rate des technischen Fortschritts und von der Offenheit nationaler Faktormärkte für Kapital und Arbeit ab.

Beispielsweise wird eine alternde Bevölkerung bei konstanter alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquote zunächst ein stagnierendes und dann ein schrumpfendes Arbeitskräftepotential und mehr Rentner(innen) aufweisen. Wegen des sinkenden Arbeitsangebotes werden Arbeitslosenzahlen zurückgehen und die Bruttolöhne für die Erwerbstätigen werden steigen. In neoklassischen Wachstumsmodellen geht eine alternde Bevölkerung mit einer steigenden Kapitalintensität und damit steigendem Pro Kopf Bruttoeinkommen einher: Weil weniger Kapital für Ausstattungs- und Ersatzinvestitionen aufzuwenden ist, verbessert sich der Kapitalstock pro Arbeitskraft, was die Arbeits-Produktivität und somit das Pro-Kopf-Einkommen erhöht. Es kommt zu einer Gesellschaft mit immer weniger immer reicheren Menschen. Die Effekte einer alternden Bevölkerung isoliert betrachtet wären somit gesamtwirtschaftlich positiv.

Wichtig scheint also, dass in Zeiten eines hohen Anteils der erwerbstätigen Bevölkerung, was heute noch der Fall ist, Anreize zur privaten Ersparnisbildung geschaffen werden. Dadurch würden früher die realen Zinse sinken, die Investitionstätigkeit daher zunehmen, die Arbeitsproduktivität würde ansteigen und die wirtschaftliche Entwicklung deshalb auf einen höheren langfristigen Wachstumspfad gebracht. Diese Anreize zur privaten Ersparnisbildung könnten bspw. durch private Altersvorsorgesysteme geschaffen werden, die nach dem Kapitaldeckungsverfahren finanziert und steuerlich privilegiert werden. Die „Riesterrente“ setzt hier ein richtiges Zeichen.

Sollte das Umlageverfahren beibehalten werden, was bedeutet, dass die heutigen Erwerbspersonen und vor allem deren Nachfolgegenerationen durch höhere Sozialabgaben stärker belastet werden, um so den Alterskonsum einer steigenden Zahl von Rentner(inne)n zu finanzieren, gäbe es eine Option, dies explizit zu berücksichtigen. Sie bestünde darin, gegen die Ursache, nämlich die sinkenden Geburtenzahlen, anstatt gegen die Folgen anzugehen. Denkbar wäre entweder die Rentenbezüge positiv oder die Rentenbeiträge negativ von der Anzahl eigener Kinder abhängig zu machen. So gesehen ist die Anrechenbarkeit der Kindererziehungsjahre für die Rentenanspruchsermitt-

lung ein richtiger Schritt.

Eine wirtschaftspolitisch noch effizientere Option würde darin bestehen, der heutigen Erwerbsgeneration die Wahl zu lassen, ob sie ihren Beitrag zu einem obligatorischen, umlagefinanzierten Altersvorsorgesystem entweder in Form von eigenen Kindern oder in Form von Einzahlungen in einen Altersfonds leisten wollen. Um für den Konsum im Alter vorzusorgen, können Erwerbspersonen ihre Ressourcen, die sie nicht konsumieren, dafür einsetzen, dass sie

- entweder eigenen Kindern einen Konsum ermöglichen, um durch diesen heutigen Konsumverzicht später entsprechend durch ihre Kinder unterstützt zu werden (expliziter Generationenvertrag),
- oder eigenen Kindern Bildung finanzieren, um durch diesen heutigen Konsumverzicht Humankapital zu akkumulieren, um so zum generellen Produktivitätsfortschritt beizutragen und im Alter durch die Transformation des Humankapitals in Konsumgüter die laufenden Lebenshaltungskosten zu finanzieren,
- oder, falls die heutigen Erwerbspersonen auf Kinder verzichten wollen oder verzichten müssen, in Sachkapital investieren, um über die Sachkapitalbildung das Wachstumspotential zu erhöhen und um im Alter durch den Verzehr des akkumulierten Kapitalstocks den laufenden Konsum zu finanzieren.

Eigene Kinder, private Kapitalbildung oder ein geminderter Anspruch auf eine Altersrente wären dann substitutive Möglichkeiten, um demographisch bedingte Finanzierungsprobleme der Altersicherung anzugehen.

IV. Zusammenfassung

Zusammengenommen zeigt sich, dass demographische Alterungsprozesse keine überstürzten wirtschaftspolitischen Handlungen erfordern. Zumindest bedürfen sie keiner größeren Anpassungsschritte als sie in einer hoch arbeitsteiligen, globalisierten Welt nicht ohnehin durch den technologischen Strukturwandel unabdingbar sind. Was bleibt vom demografischen Gespenst übrig? Wenig! Denn demografische Gespenster sind nur dann bedrohlich, wenn wir ohne viel nachzudenken an ihren Spuk glauben. Nicht die Schrumpfung, sondern die Alterung ist die demografische Herausforderung. Sinkende Geburtenraten und höhere Lebenserwartungen werden in allen europäischen Gesellschaften zwangsläufig zu einer Alterung der Gesellschaft führen. Immer weniger Jüngere werden immer mehr Älteren und Alten gegenüberstehen. Aber eigentlich ist es auch nicht die Alte-

rung, sondern nur unser Umgang mit einer älter werdenden Gesellschaft, der Probleme verursachen kann, aber keinesfalls Probleme verursachen muss. Depressive Stimmungen sind nur dann angezeigt, wenn wir weiterhin einem Kompass folgen, der auf sozialstaatliche Sicherungssysteme aus einer Zeit wachsender und junger Bevölkerungen ausgerichtet ist. Dringend notwendig ist eine vollständige Neuorientierung. Die Folgen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung sind nicht gottgegebene Schicksalsschläge. Sie sind politikverursachte Konsequenzen, die mit den richtigen Maßnahmen erfolgreich gemeistert werden können.

Um negative Wirkungen alternder Bevölkerungen auf die Nettoeinkommen der Erwerbstätigen zu minimieren und eine Senkung des Lebensstandards als Folge demographischer Prozesse zu vermeiden, bedarf es optimal funktionierender Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte sowie ordnungspolitische Rahmenbedingungen, die rasch und flexibel an geänderte Altersstrukturen angepasst werden können. Statt einer teuren und wahrscheinlich wenig wirksamen Familien- und Migrationspolitik zur Aufrechterhaltung der Sozial- und Vorsorgesysteme sollten die Sozial- und Vorsorgesysteme an die demographische Situation angepasst werden. Folglich ist nicht eine notdürftige, kaum wirkungsvolle Reparatur veralteter Systeme, sondern eine Schaffung neuer, zukunftsfähiger Sicherungssysteme das Gebot der demographischen Herausforderung.

Zu diesen Maßnahmen zählen zunächst offene und frei funktionierende Märkte. Grundsätzlich gilt, dass in einer offenen Volkswirtschaft makroökonomische Effekte durch Transaktionen auf internationalen Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkten kompensiert werden und somit den inländischen Wachstumspfad kaum beeinträchtigen. Zusätzlich erfordert es wesentliche Änderungen auf dem Arbeitsmarkt: Weniger Leute werden mehr und bessere Arbeit verrichten müssen. Um der steigenden Zahl von Rentner(inne)n zu begegnen, kommen wir nicht umhin, „stille Reserven“ zu mobilisieren. Zu den größten Gruppen, die hinsichtlich der Erwerbsquote deutlich unterrepräsentiert sind, zählen Frauen und Ältere. Hier sind entsprechende Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf notwendig. Auch muss es gelingen, den Trend zur Frühverrentung zu durchbrechen, der gerade durch den Ausbau der staatlichen Altersvorsorgesysteme ermöglicht wurde. Ebenso kommt der Qualifikation der Erwerbstätigen eine besondere Rolle zu. Je weniger Erwerbstätige es gibt, desto produktiver müssen die verbleibenden sein. Ferner bedarf es einer kompletten Umstellung unseres gesamten Erwerbsverhaltens. Das klassische Muster einer einmaligen Ausbildung und anschließender Arbeit bis zur Rente muss durch das Konzept des lebenslangen Lernens und Anpassung an die sich schnell verändernden Bedürfnisse des Marktes ersetzt werden. Genauso sollte die Fixierung

der Altersgrenzen überprüft werden. Sie sind gegebenenfalls zu flexibilisieren bzw. an die gestiegene und weiter steigende Lebenserwartung anzupassen. Eine Anhebung des Ruhestandsalters, bspw. im Gleichschritt zur steigenden Lebenserwartung steigende Renteneintrittsalter würden die Alterssicherungssysteme in zweierlei Hinsicht entlasten: Einmal durch die verlängerte Erwerbstätigkeit und andererseits durch die verkürzte Rentenbezugszeit. Schließlich ist es unvermeidlich, das gegenwärtige Rentenumlageverfahren einerseits hinsichtlich seiner Unabhängigkeit von der Altersstruktur und andererseits hinsichtlich seiner Effektivität zu reformieren. Gleichermaßen ist es notwendig, bestimmte aktuelle Vorstellungen zu überdenken. Dazu gehört u. a. die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ in der bundesweiten Fläche. Die Entvölkerung der ländlichen Gebiete durch den anhaltenden Trend der Wanderungen von der Peripherie in die Zentren wird durch geringe Geburtenraten verstärkt, was die Infrastrukturkosten überproportional steigen lässt. Es stellt sich die Frage, warum dieses Phänomen als Problem angesehen wird. Wieso müssen und sollen im gesamten Bundesgebiet Menschen wohnen und leben? Wieso wird die Wanderung in die Kerne nicht gefördert und akzeptiert, dass periphere Räume wenig bis unbesiedelt bleiben? Das Schrumpfen der deutschen Bevölkerung könnte zum Rückzug des Menschen aus der Fläche führen, was durchaus begrüßt werden kann.

Die beschriebenen Maßnahmen bedeuten tiefe Einschnitte in die derzeitigen sozialstaatlichen Sicherungssysteme und besonders in das individuelle Erwerbsverhalten. Damit dürfte die politische Umsetzung schwierig werden. Wenn wir jedoch unseren Lebensstandard langfristig bewahren wollen, gibt es keine Alternative zu tief greifenden Reformen, auch wenn diese für Viele zu kurzfristigen Verlusten führen. Hier gilt, was im Zeitalter der Globalisierung ohnehin zum rascher werdenden Strukturwandel gehört: Gut funktionierende offene Güter-, Kapital- und Arbeitsmärkte sind eine existenzielle Notwendigkeit, um den alles in allem immer noch hohen Lebensstandard in Deutschland bewahren zu können. Eine schrumpfende und alternde Bevölkerung ist hier nur eine weitere, aber nicht einmal die entscheidende Herausforderung.

Literaturverzeichnis

Birg, Herwig, 2001: Die demographische Zeitenwende Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa. Berlin: C. H. Beck

Deutsche Bundesbank, 2004: Monatsbericht Dezember 2004

Europäische Zentralbank (EZB), 2000: Die Finanzpolitik im Euro-Währungsgebiet unter den Bedingungen einer alternden Bevölkerung, EZB-Monatsbericht 2000

OECD, 2005: Ageing and Employment Policies – Germany, Paris

Schirmacher, Frank, 2004: Das Methusalem-Komplott. München: Karl Blessing Verlag

Spengler, Oswald, 1918: Der Untergang des Abendlandes – Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Band 1: Gestalt und Wirklichkeit. Wien: Braumüller

Spengler, Oswald, 1922: Der Untergang des Abendlandes – Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte, Band 2: Welthistorische Perspektiven. München: C. H. Beck

Statistisches Bundesamt, 2003: Bevölkerung Deutschlands bis 2050, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2006a: Leben in Deutschland, Haushalte, Familien und Gesundheit – Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2006b: Frauen in Deutschland 2006, Wiesbaden

Straubhaar, Thomas und Boswell, Christina, 2005: Braucht Deutschland die Zuwanderung von Arbeitskräften aus dem Ausland? Focus Migration Kurzdossier Nr. 2, Hamburg

Das **Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)** ist ein gemeinnütziger, unabhängiger Think Tank mit den zentralen Aufgaben:

- die Wirtschaftswissenschaften in Forschung und Lehre zu fördern,
- eigene, qualitativ hochwertige Forschung in Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zu betreiben,
- sowie die Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und die interessierte Öffentlichkeit über ökonomische Entwicklungen unabhängig und kompetent zu beraten und zu informieren.

Das HWWI betreibt interdisziplinäre Forschung in den folgenden Kompetenzbereichen: Wirtschaftliche Trends und Hamburg, Internationaler Handel und Entwicklung, Migration – Migration Research Group sowie Internationale Klimapolitik.

Gesellschafter des im Jahr 2005 gegründeten Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)

Neuer Jungfernstieg 21 | 20354 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 76

info@hwwi.org | www.hwwi.org